

# Haushaltsrede 2023

Nils Lenke

Stellv. Vorsitzender Fraktion B'90 / Die GRÜNEN

Zunächst ein Blick zurück auf den letzten Haushalt und ein paar Worte zum Thema „Politikverdrossenheit“. Doch in anderer Bedeutung als Sie vielleicht meinen. Nämlich: Die Politik ist verdrossen über die Verwaltung. Ja, Flut, Corona, Ukrainekrieg haben zu großen Zusatzbelastungen geführt, aber das darf keine wohlfeile Ausrede sein, alles zu ignorieren, was die Politik beschließt. Genauso schlimm ist es, wenn Beschlüsse komplett anders umgesetzt werden als beschlossen. Beispiel 1 aus dem Haushalt des Vorjahrs: Es wurde ein Beschluss zum Baulandmanagement gefasst, eine Stelle geschaffen und Mittel bereitgestellt. Aus dem Beschluss wurde in unwürdiges Pingpong zwischen Bürgermeister und WFEG, der letzte Stand scheint zu sein, dass die WFEG etwas tut, was gar nicht gefordert war. Die Stelle ist nicht besetzt und die Mittel nicht verausgabt. Beispiel: Klimaneutralität, es gibt einen Beschluss mit dem Ziel 2035 und dem Auftrag eine Arbeitsgruppe zu gründen, die einen Fahrplan aufstellt. Stattdessen trifft die Verwaltung Verabredungen im Kreis der linksrheinischen Kommunen auf der Basis des gesetzlichen Mindestziels 2045. Es ist OK, wenn der Bürgermeister in den Dialog tritt und eigene Vorschläge zur Umsetzung macht, aber Ratsbeschlüsse sind keine unverbindlichen Gedankenanstöße, wo man sich beliebige Stichwörter herauspicks und dann ganz eigene Gedanken umsetzt. Oder es meldet sich ein Investor, der eine PV-Freiflächenanlage bauen möchte, einen Beitrag zur Energiewende und Quelle zusätzlicher Einnahmen für die Stadt, und berichtet, dass er von der Verwaltung schon eine Absage bekommen hat. Und dass obwohl die Verwaltung die Politik mit dem Thema wohl nicht belasten wollte – im Ausschuss war es nie. Dabei geht es nicht um die Politiker:innen, sondern die Wähler:innen dahinter. Grüne Wähler:innen verstehen es z.B. nicht, wenn es bei Themen wie Hauptstraße und Klimaschutz nicht weitergeht. Dann setzt die Politikverdrossenheit der bekannten Art ein.

Nun zum neuen Haushalt. Zu Beginn ein Geständnis: Ich verstehe den Haushalt nicht. Nicht, weil er so umfangreich ist, sondern wegen dem was NICHT drinsteht. Von 40 Mio können bei den Investitionen nur 7-10 Mio umgesetzt werden, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach mehr Personal im Hochbau. Die im Hochbau neu eingerichtete Stelle aus dem Vorjahr ist noch unbesetzt, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach Höherdotierung. 20 Stellen sind dem Vernehmen nach offen, neue kommen durch den Haushalt noch dazu, BM fragt aber NICHT nach mehr Personal oder Sachmitteln in der Personalabteilung. Auch mit externen Vergaben könnte man etwas bewegen, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach mehr Stellen in der Vergabeabteilung. Mit Bestürzung haben wir in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass das Verkehrsgutachten immer noch nicht vergeben ist. Wie kann das sein? Trotzdem haben wir zusätzliche Mittel für eine Einwohnerbeteiligung auf der Basis erster Ergebnisse beantragt – Thema Hauptstraße.

In den Vorgesprächen hat der scheidende Kämmerer hier etwas Wichtiges gesagt: viele Jahre war Rheinbach in der Haushaltssicherung und konnte das alles nicht tun. Und ich glaube, da ist etwas Wahres dran: Wie Spinnweben steckt die Haushaltssicherung noch in den Köpfen. Aber Rheinbach ist eben nicht mehr in der Haushaltssicherung, wir müssen gedanklich den Reset-Knopf drücken und beherzt die Chancen packen, die sich bieten. D.h.

Investieren in die Zukunft, Rheinbach fit machen für die Zukunft. Denn Chancen sind da. Die Flut hat viel Leid über Rheinbach gebracht, aber sie sorgt auch dafür, dass die Elektrifizierung der S23 beschleunigt wird, was uns noch näher an Bonn heran bringt. Und durch den Wiederaufbaufond können wir Gebäude grundlegend sanieren und einige komplett neu bauen. Dies ist eine Chance für den Klimaschutz. Und es macht auch Spaß, eine neue Schule auf der grünen Wiese bauen zu können, nach neuesten Erkenntnissen, vielleicht in Holz, da muss doch jeder mit Begeisterung dabei sein! Unverständlich, dass im ersten Entwurf die KGS Flerzheim nicht einmal finanziell abgebildet war.

Das Ganze heißt natürlich nicht, dass man das Geld aus dem Fenster schmeißt, natürlich bedeuten mehr Schulden auch höhere Zinsen, das kann einem schon etwas Angst machen. Aber: Verzögerung heißt höhere Baukosten und noch mehr Schulden und Zinsen! Die Baupreise lagen im November 2022 16,9% höher als im November 2021.<sup>1</sup> Wenn ich einmal 15% ansetze, bei einer Verzögerung um im Schnitt 2 Jahre heißt das, die Investitionen von 40 Mio werden uns etwa 12 Mio mehr kosten. D.h. gerade das Sparen am Personal erhöht die zukünftigen Kosten.

Und weniger Investitionen in den Klimaschutz bedeuten später höhere Ausgaben für Strom und Gas. Wo wir beim Thema Strom sind. Die Ausgaben für Strom werden 2023 drastisch steigen, weil wir unter Druck einen äußerst ungünstigen Vertrag eingegangen sind, Rheinbach wird alleine für seine Gebäude nahezu das Vierfache bezahlen, nämlich mehr als 2 Mio €. Erstaunlich ist es dann, wenn man sieht, wie E.ON als für Rheinbach zuständiger Grundversorger zur Zeit Strom anbietet: 42,22 ct/kWh bei 12 Monaten Bindung, und wenn man gar nichts tut, also in der Grundversorgung 31,774 ct/kWh<sup>2</sup>. Warum wird das nicht nachverhandelt? Vielleicht hilft der Hinweis auf §138 BGB, den sogenannten Wucherparagraphen. Geschäfte sind sittenwidrig wenn a) eine Notlage ausgenutzt wird, und b) mehr als das Doppelte des marktüblichen Preises verlangt wird.<sup>3</sup> Antwort der Verwaltung: wir „lösen“ das über die Gas- und Strompreisbremse, d.h. die Steuerzahler bezahlen, nur eben über die Bundesebene. Und der „Rest“ wird „isoliert“, d.h. unsere Kinder und Enkel zahlen über ihre Steuern dafür, dass sich ein Energieversorger dieses Jahr die Taschen vollmacht.

Klar ist aber auch - so billig wie vor dem Krieg wird es nicht mehr, daher sind Investitionen in Energieeinsparung um so wichtiger und es hilft auch dem Klimaschutz. Dem UWG Antrag auf eine zusätzliche Stelle stehen wir offen gegenüber – aber wie gesagt die Stelle aus 2022 ist auch noch nicht besetzt.

Es ist also ein gedanklicher Aufbruch nötig, doch in welche Richtung? Vor einigen Wochen konnte man ein Interview mit einer von uns allen geschätzten Mitarbeiterin im GA lesen, dort gab sie an, in Bonn zu wohnen. Dasselbe Phänomen zeigt sich, wenn man morgens am Bahnhof sieht wie unzählige Student:innen aus dem Zug steigen und zur Hochschule gehen. Wie können wir den Wettbewerb gewinnen und diese jungen Menschen dazu bringen, auch bei uns wohnen zu wollen? Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch froh über die älteren Menschen, die bei uns wohnen, sie haben oft Kaufkraft, aber auch Zeit und Lust sich ehrenamtlich zu engagieren. Doch auf die Mischung kommt es an. Das Stichwort

---

<sup>1</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23\\_011\\_61261.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_011_61261.html)

<sup>2</sup> <https://www.eon.de/de/pk/strom/grundversorgung-strom/tarif.html>

<sup>3</sup> <https://dejure.org/gesetze/BGB/138.html>, <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/vertraege-reklamation/kundenrechte/wucher-wann-ist-ein-preis-zu-hoch-51981>

„bezahlbarer Wohnraum“ erklärt es alleine nicht. Ja das ist ein Grund, und da kommt dann wieder das Baulandmanagement ins Spiel, das uns erlaubt zu steuern, was und wie gebaut wird. Aber da ist noch mehr, denn Bonn ist nun auch nicht gerade als billiges Pflaster bekannt. Stichwort Digitalisierung: Das Leben der Generationen Y und Z ist heute digital: kein Auto besitzen, aber über eine App monatlich abonnieren oder Car-Sharing nutzen, Kochzutaten nach Hause bestellen, den Fitness-Coach online zu sich nach Hause holen, Musik und Videos streamen, alles heute völlig normal. Nach Deutschland kommende Fachkräfte, aus Indien, Russland und anderen Ländern zeigen sich entsetzt; sie hatte erwartet, in ein Industrieland zu kommen, und dann ist es stattdessen ein Marathon von Papier und Behördengängen, um sich in D anzumelden oder ein Konto einzurichten. So gewinnt man den Wettbewerb um die Talente nicht.

Und in Rheinbach? Wo ist der Online-Ferienkalender (Antrag CDU/Grüne), wo die City-App, die versprochen war? Was ist mit dem Online-Zugangs-Gesetz - zur Erinnerung, CDU und Grüne hatten beantragt, dass zumindest die Module, die bei den Nachbarn schon online sind, bei uns auch in Dienst genommen werden. Dass Apps angenommen werden, sehen wir an der Meldeo-App. Das Ziel muss sein: Ganz Rheinbach in einer App!

Digitalisierung hat neben der Wirkung nach außen aber auch einen Effekt nach innen. Richtig gemacht, kann sie Abläufe beschleunigen und Ressourcen freisetzen. Dabei muss niemand um seinen Job fürchten, Arbeit ist genug da, den Weiterbildungsetat haben wir trotz vorgeschlagener hoher Steigerung unverändert gelassen.

Digitalisierung muss man aber eben richtig machen, nicht so wie die Länder es beim Bafög vormachen:

*„Zwar kann seit September 2021 mit BAföG-Digital in allen Bundesländern der Antrag online gestellt werden. Doch dann beginnen die Probleme. Laut dem Dachverband der bundesweit 57 Studenten- und Studierendenwerke hat die digitalisierte BAföG-Antragstellung "in der Praxis fatale Folgen". "Die BAföG-Ämter der Studierendenwerke müssen die online eingereichten BAföG-Anträge der Studierenden händisch ausdrucken. Die Drucklast in den BAföG-Ämtern ist so hoch, dass dafür eigens zusätzliches Personal eingestellt werden muss: um digitale Anträge auszudrucken.“<sup>4</sup>*

Wie es richtig geht, zeigen Krankenversicherungen, wo viele Geschäftsprozesse durch sogenannte „Dunkelverarbeitung“ bereits vollautomatisch ablaufen. Und das geht auch in der Verwaltung, es gibt dafür sogar schon eine gesetzliche Grundlage:

*„Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), § 35a Vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsaktes. Ein Verwaltungsakt kann vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern dies durch Rechtsvorschrift zugelassen ist und weder ein Ermessen noch ein Beurteilungsspielraum besteht.“*

Daher unsere erneute Kürzung der Kopierkosten. Nicht um die 5000€ einzusparen, sondern um einen Analyse-Prozess auszulösen. Alle Ratsmitglieder sind mit Tablets ausgestattet worden, die Kopierkosten stiegen trotzdem deutlich. Die Verwaltung verweist jetzt auf die Schulen, aber auch die wurden aus den diversen Förderprogrammen geradezu mit Tablets und anderer Hardware überschüttet. Wenn trotzdem mehr gedruckt und kopiert wird, läuft irgend etwas schief. Ein Indiz, wie groß das Defizit bei der Digitalisierung ist.

Kommen wir zurück zum Klimaschutz, auch das ein Thema, das die Jüngeren brennend interessiert, denn sie werden die Versäumnisse von heute ausbaden müssen. Daher beantragen wir zusätzlich zu den 375.000€ von der Verwaltung im Haushalt vorgesehenen

---

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/funk/studenten-bafog-digitalisierung-buerokratie-101.html>

Mitteln für energetische Sanierungen wieder weitere 50.000€ . Die Hauptaufgabe muss es sein, diese Mittel in 2023 auch bis zum letzten Cent auszugeben. Wenn daher die Verwaltung in einer Vorlage zu den Mitteln für ein Nahwärmekonzept schreibt „kann ruhen“ – dann sagen wir: Nein, kann es nicht! Der Klimawandel ruht nämlich auch nicht. Und auch die seit langem angemahnte Inventur der Dächer, die für PV geeignet sind, muss in diesem Jahr endlich erfolgen. Außerdem haben wir Gelder eingeplant, damit die Stadt bei einer zu gründenden Energiegenossenschaft mitmachen kann, die dann zum Beispiel diese Dächer nutzen könnte. Den ähnlich gelagerten SPD-Antrag begrüßen wir daher, allerdings ohne die Festlegung auf Wind im Wald.

Andere Themen kann ich aus Zeitgründen nur noch kurz streifen: Unsere wachsende Museumslandschaft, mit dem Herzstück Glasmuseum als identitätsstiftendem Element in Rheinbach liegt uns am Herzen, daher möchten wir die Leitung wieder ausreichend dotiert mit einer Fachkraft besetzt sehen. Den Freizeitpark möchten wir, wie letztes Jahr von CDU und Grünen beantragt, aufwerten. Dafür möchten wir 40.000€ einplanen.

Mit diesen Änderungen werden wir dem Haushalt 2023 zustimmen. Nicht weil wir glauben, dass er perfekt ist. Im Gegenteil er ist ein in Papier gefasstes Statement des „Weiter so“ und wird dem Aufbruch nicht gerecht. Doch glauben wir, dass die eigentliche Aufgabe sein wird, im Rahmen dieses Haushalts die skizzierten Aufgaben voranzutreiben. Dabei werden wir die Verwaltung engmaschig begleiten. Weitere Änderungen, etwa beim Stellenplan, können nach Bedarf unterjährig vorgenommen werden.

(es gilt das gesprochene Wort)